



## Protokoll der Beratung vom 7. Dezember 2006

### Anwesenheit:

	Mitglieder:	Sachkundige Bürger:	Gäste:
1.	Herr Dr. Schemel Linke.PDS	Frau Sidon CDU/DSU	Herr Weiße DIII
2.	Herr Piel Linke.PDS	Frau Theurich FLC	Herr Bischoff amt. AL 40
3.	Herr Dr. Schmidt CDU/DSU	Frau Breitschuh-Wiehe B90/Grüne	Herr Warchold AL 41
4.	Herr Strese CDU/DSU		Herr Bursian Schulrat
5.	Frau Dr. Münch SPD		Frau Orphal Schulrätin
6.	Herr Neubert SPD		Herr Boese Schulrat
7.	Herr Schulz AUB		Herr Przesdzing SBB
8.	Herr Dr. Fischer B90/Grüne		Herr Bauch A 80
9.	Frau Spring FLC		Herr Kramer A 61

### TOP 1. Protokollkontrolle / Abstimmung zur Tagesordnung

Das Protokoll der Beratung vom 9.11.2006 und die Tagesordnung werden in der vorliegenden Form einstimmig bestätigt.

Zum Protokoll der Beratung vom 30.11.2006 merkt Frau Spring an, dass der Punkt 3 aus Zeitgründen nicht abschließend beraten wurde.

**Abst.:**  
**8:0:1**

### I Öffentlicher Teil

#### 1. Bestätigung der Tagesordnung

#### 2. Berichte und Informationen

2.1. Fortsetzung der Diskussion zur gymnasialen Beschulung körperbehinderter Schülerinnen und Schüler

#### 2.2. Beschlussvorlagen

2.3. III-027/06

5. Änderung Schulentwicklungsplan 2002 – 2007 / Gymnasien

2.4. III-024/06

Änderung der Satzung des Konservatoriums

2.5. III-025/06

Änderung der Entgeltordnung des Konservatoriums

2.6. IV-180/06

Standortentwicklungskonzept für den Regionalen Wachstumskern Cottbus

#### 3. Informationen, Anfragen, Anträge aus den Fraktionen und der Verwaltung

3.1. Antrag Fontane-Gesamtschule zur Erhöhung der Zügigkeit

## II Nichtöffentlicher Teil

### 1. Information

- 1.1. Nutzungsvertrag Sportstättenbetrieb – FC Energie
- 1.2. Information zu Personalfragen

## TOP 2.1

Herr **Neubert** verweist in seinen einleitenden Bemerkungen auf die Ergebnisse bisheriger Beratungen. Das Ziel heute besteht darin, für die Eltern eine Entscheidungsgrundlage im Ü7-Verfahren zu schaffen.

Herr **Bursian** erläutert die Stellungnahme des Staatlichen Schulamtes zu den Ergebnissen der Beratung vom 30.11.2006. Der ausführliche Text wurde den Mitgliedern des Ausschusses übergeben. Das Staatliche Schulamt lehnt den Punkt 6 konsequent ab. Die eingebrachte Beschlussvorlage III-027/06 dagegen wird schulfachlich befürwortet.

Aus der mittelfristigen Schülerzahlenprognose begründet Herr **Boese** die Notwendigkeit der Begrenzung der Gymnasialkapazität.

Herr **Bischoff** informiert, dass von polnischer Seite lediglich ein Schreiben des Schulleiters der Ökologischen Schulen vorliegt. Die ILB und das Wirtschaftsministerium als Fördermittelgeber sowie das MBSJ werden über die aktuellen Sachstände informiert. Ein offizieller Anhörungstermin zum Sachstand steht noch aus. Der der Verwaltung vorliegende Fördermittelbescheid für das Humboldt-Gymnasium lässt keine Abhängigkeiten zur polnischen Seite erkennen.

In Rahmen einer Präsentation, die allen Teilnehmern schriftlich vorlag, erläutert Herr **Wegener** ausgehend vom zahlenmäßigen Bedarf und den Schädigungsarten die notwendigen baulichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen für die Beschulung Körperbehinderter. Im Verlauf seiner Ausführungen skizziert er erste Vorstellungen für eine inhaltliche Fusion von Humboldt- und Leichhardt-Gymnasium am Standort Hallenser Str. Allerdings war die Resonanz des Humboldt-Gymnasiums darauf sehr zurückhaltend.

Herr **Piel** sieht keinen Zwang, das Humboldt-Gymnasium zu schließen. Er plädiert dafür, beide Standorte zu erhalten und die Diskussion zu beenden.

In seinen Ausführungen erinnert Herr **Fischer** an die kommende Diskussion zur Haushaltsplanung mit ihren Zwängen. Diese Probleme müssen im Rahmen der kommunalen Eigenverantwortlichkeit gelöst werden.

Herr **Boese** weist nochmals darauf hin, dass am Humboldt-Gymnasium alle jetzigen Schüler ihre Schullaufbahn beenden können. Durch die beabsichtigten Überkapazitäten im gymnasialen Bereich werden andere Schulstandorte – Oberschulen und Gesamtschule – gefährdet.

Frau **Ullrich** stellt in ihren Ausführungen nochmals die kontinuierliche Entwicklung der Profilierung bis zum heutigen Stand dar. Die Übertragung dieser Inhalte und das Auslaufmodell werden von der Schule kritisch gesehen.

Sein Verständnis für die Schule äußert Herr **Weiß**. Allerdings ist die Gesamtsituation zu betrachten und die ist gekennzeichnet durch

- ein Überangebot von Gymnasien und
- der Notwendigkeit der Beschulung Körperbehinderter.

Das deutsch-polnische Projekt soll erhalten und an den neuen Standort übergeführt werden, was für einen Zeitraum Polnisch- und bilingualen Unterricht an zwei Standorten bedeutet. Nach der Konstituierung der Verwaltungsspitze in Zielona Gora ist eine Kontaktaufnahme mit beiden Schulleitungen geplant. Die aktuelle Ungewissheit zu Fragen der Fördermittel darf nicht zur Blockade der weiteren Entwicklung werden. Alle schulrechtlich möglichen Varianten wurden untersucht, die Ergebnisse liegen schriftlich vor. Der Vorschlag, alle Gymnasien behindertengerecht im Sinne der eingangs dargestellten Bedingungen auszubauen, ist illusorisch.

Die Fragen des Stadtumbaus werden von Herrn **Kramer** erläutert. Auch wenn die im teilräumlichen Konzept zu Neu-Schmellwitz beschriebene Vorzugsvariante nicht umgesetzt werden kann, wird dieser Stadtteil die Hauptlast des Rückbaus tragen müssen. Der Rückbau findet dann punktuell in der geplanten Größenordnung statt. Die Entwicklung der Schülerzahlen ist am Beispiel der Grundschulen sichtbar. Von den vier Grundschulen in Neu-Schmellwitz ist heute nur noch eine in Betrieb.

Auf Nachfrage von Herrn **Stresse** zur „2+2 Variante“ und der anschließenden Zusammenführung beider Gymnasien erläutert Herr **Bursian** die Vor- und Nachteile einer solchen Lösung:

1. Bildung von je zwei Klassen erscheint nur theoretisch möglich, in der Praxis wird sich keine Gleichheit bei den Anmeldungen ergeben
2. latente Unsicherheit für beide Schulen
3. schulorganisatorische Nachteile, die sich aus nur zwei Zügen ergeben
4. aus diesen Gründen **Ablehnung** der Variante durch **beide** Schulen.

### TOP 2.3

An dieser Stelle wird die Diskussion beendet und über die Vorlage abgestimmt. Dabei wird dem Vorschlag gefolgt, über die Beschlusspunkte einzeln abzustimmen.

1. Der Beschluss zur Auflösung des L.-Leichhardt-Gymnasiums zum Ende des Schuljahres 2008/09 wird aufgehoben. **Abst.: 4:0:5**
2. Die Aufnahmekapazität in der Jahrgangsstufe 7 des L.-Leichhardt-Gymnasiums wird zum Schuljahr 2007/08 auf vier Züge erhöht. **Abst.: 2:3:4**
3. Die Aufnahmekapazität in der Jahrgangsstufe 7 des Humboldt-Gymnasiums wird zum Schuljahr 2007/08 auf Null reduziert. **Abst.: 2:6:1**
4. Die Aufnahmekapazität in der Jahrgangsstufe 7 des M.-Steenbeck-Gymnasiums wird zum Schuljahr 2007/08 auf drei Züge reduziert. **Abst.: 9:0:0**

Der Ausschuss empfiehlt zu den Beschlusspunkten die Einzelabstimmung in der Stadtverordnetenversammlung.

*Anmerkung:*

*Eine nachträgliche Überprüfung der Beschlusslage durch das Staatliche Schulamt hat ergeben, das insbesondere durch das Abstimmungsergebnis zum Punkt 2 am Leichhardt-Gymnasium **keine** Klassen gebildet werden können (derzeitiges Auslaufen der Schule). Wird dem Punkt 1 zugestimmt, muss der Schule im Punkt 2 eine Aufnahmekapazität von mindestens zwei, schulorganisatorisch besser drei Zügen zugeordnet werden.*

### TOP 2.4. + 2.5.

Herr **Warchold** schlägt vor, beide Vorlagen im Zusammenhang vorzutragen. Er weist darauf hin, dass für Rückfragen von Seiten des Konservatoriums der Direktor, Herr Zinke, die Fachbereichsleiterin des Kindermusicals, Frau Witte, und der Vorsitzender des Vereins zur Förderung des Cottbuser Kindermusical e. V., Herr Schmidt, anwesend sind.

In seinen Ausführungen informiert Herr **Warchold** u. a. über das mit dem neuen Lehrbereich Kindermusical erweiterte Angebot am Konservatorium, die Zielgruppen, die verstärkte öffentliche Präsenz und gibt Erläuterungen zu den damit verbundene Änderungen in der Satzung und Entgeltordnung.

Des weitern begründet Herr **Warchold** die Präzisierung und Anpassung der Entgeltordnung (Umstellung der pauschalisierten Zuschüsse, Änderung der Zahlungsweise, Ausbildung junger Erwachsener ohne selbständiges Einkommen, Familienermäßigung statt Geschwisterermäßigung).

Frau Dr. **Münch** hinterfragt, warum es keinen Unterschied in der Entgeltregelung zwischen Cottbuser und auswärtigen Schülern gibt.

Herr **Warchold** erläutert, dass bis auf den Instrumental- und Vokaleinzelunterricht, der die meisten Schülerzahlen aufweist, keine Unterscheidungen vorgenommen werden und begründet dies mit der Möglichkeit die Gruppen ab 6 Personen ohne zusätzliche Kosten- und Lehrstundenerhöhung aufzufüllen.

Her **Piel** erkundigt sich nach der Differenz bezüglich der Gebührenhöhe, die für den Instrumental- und Gesangsunterricht im Spree-Neiße-Kreis erhoben wird. Herr **Warchold** antwortet, dass das Entgelt am Cottbuser Konservatorium 150 € über der des Spree-Neiße-Kreises liegt.

*Der Vorlage III-024/06 wird einstimmig zugestimmt.*

**Abst.: 8:0:0**

*Der Vorlage III-025/06 wird mehrheitlich zugestimmt.*

**Abst.: 7:1:0**

## TOP 2.6.

Herr **Kramer** stellt die Vorlage vor. Bestandteil des Standortentwicklungskonzeptes für den Regionalen Wachstumskern ist das Projekt „Vorhalten einer flexiblen, auf die eintretenden wirtschafts- und berufsstrukturellen Entwicklungsprozesse reaktionsfähige Schulinfrastruktur, insbesondere die Schaffung der materiellen Voraussetzungen für das Max-Steenbeck-Gymnasium“. Allerdings stehen derzeit keine geeigneten Instrumente zur Unterstützung von Seiten der Landesregierung zur Verfügung.

Die Ausschüsse für Wirtschaft und Bau/Verkehr haben der Vorlage zugestimmt.

**Abst.:**  
**8:0:0** *Der Vorlage IV-180/06 wird einstimmig zugestimmt.*

## TOP 3.1.

Zu diesem TOP liegt eine schriftliche Stellungnahme der Schulkonferenz der Sandower Oberschule vor.

Den Standpunkt des Staatlichen Schulamtes stellt Herr **Boese** dar. Er sieht ein ähnliches Problem wie bei den Gymnasien. Dem Elternwillen sollte möglichst entsprochen werden, aber die Beschränkung gefährdet die gymnasiale Oberstufe und damit die Schulform Gesamtschule. Für eine Oberschule sind drei Züge für deren sicheren Erhalt ausreichend.

Herr **Piel** lehnt im Namen seiner Fraktion den Antrag zu Gunsten der Oberschulen ab.

Nach Auffassung von Herrn **Kaps** ist dieser Antrag im Zusammenhang zu betrachten. Für sich genommen ist der Antrag nachvollziehbar, aber die Auswirkungen auf die Sandower Oberschule sind unklar.

Aus der Erfahrung als Schulleiter einer Gesamtschule weist Herr **Neubert** darauf hin, dass die Fontane-Gesamtschule mit diesem Profil und nur drei Zügen nicht überlebensfähig ist. Er schlägt folgenden Kompromiss vor:

**Wenn das Anwahlverfahren an der T.-Fontane-Gesamtschule zu einer Übernachfrage führt und bei gleichzeitigem Nichtausreichen von Schülerzahlen an unternachgefragten Schulen keine Klassenbildung möglich ist, werden in Abstimmung zwischen dem Staatlichen Schulamt und dem Schulträger an der T.-Fontane-Gesamtschule 4 Züge gebildet.**

Herr **Leesch** erläutert die Situation an seiner Schule vor einem Jahr. Dort mussten wegen der Drittelregelung im Aufnahmeverfahren 12 Bewerber mit der Bildungsgangempfehlung allgemeine Hochschulreife abgelehnt werden.

Herr Dr. **Fischer** erinnert an die Diskussion zur Sandower Oberschule im Juni und September.

Danach erfolgen die Abstimmungen zum Antrag und dem Kompromissvorschlag.

**Abst.:**  
**3:3:2** *Der Antrag der Fontane-Gesamtschule wird abgelehnt.*

**Abst.:**  
**3:3:2** *Der Kompromissvorschlag wird abgelehnt.*

F.d.R. Bischoff/Heelemann